

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

sehr lange hat es gedauert, bis der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. Ihnen eine neue Ausgabe der überleben vorlegen kann – viel zu lange, wie wir meinen. Doch nun ist es endlich so weit, wir berichten Ihnen in der zwölfsten Ausgabe unserer Zeitschrift unter anderem über eine Kooperation des Bundesverbandes mit dem Stowarzyszenie Zamojskie Centrum Wolontariatu in Zamosc, die die Einrichtung einer Beratungsstelle für NS-Verfolgte in Südostpolen zur Folge haben wird, wir erzählen die Geschichte der dramatischen Rettung einer Jüdin im besetzten Frankreich und berichten über die Einführung von „Case-Management“ beim Bundesverband. Gerne würden wir Ihnen öfter aus der Arbeit des Bundesverbandes berichten, doch die Produktion unserer Zeitschrift kostet viel Geld – und die finanziellen Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, werden von Jahr zu Jahr schmaler. Die Arbeit allerdings, die wir leisten, wird dabei nicht weniger.

Das kommende Jahr bringt dem Bundesverband einen kleinen personellen Umbruch: Sonja Schlegel wird die Geschäftsstelle des Bundesverbandes verlassen und eine Tätigkeit im Rahmen der „Kampagne für eine kultursensible Altenhilfe“ übernehmen. Wir alle danken ihr sehr für die in vielen Jahren geleistete Arbeit und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute. Das Team des Bundesverbandes verstärken werden zwei neue Mitarbeiterinnen – beide haben in der Vergangenheit bereits in der Geschäftsstelle des Bundesverbandes gearbeitet und wir sind sehr froh darüber, dass wir sie für eine weitere Tätigkeit gewinnen konnten. Wir erhoffen uns von den beiden „frischen Wind“ vor allem in den Bereichen der Beratung und Altenhilfe und in der Entwicklung neuer Projekte.

Denn es ist noch immer viel zu tun – noch immer gibt es Opfer des Nationalsozialismus, die nie entschädigt worden sind, noch immer und immer mehr kämpfen wir gegen die sich weiter verbreitende Gleichgültigkeit und „Schlussstrich-Mentalität“ an.

Mehr denn je sind die Überlebenden des Nazi-Terrors, und ist der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. auf Ihre Hilfe und Unterstützung angewiesen – wir wissen, dass wir auf Sie zählen können.



Mit den besten Wünschen

Ihr
Jost Rebutisch

Deutsch-Polnische Kooperation zum Nutzen überlebender NS-Verfolgter

Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. und das Stowarzyszenie Zamojskie Centrum Wolontariatu richten eine Beratungsstelle in Zamosc ein



Blick auf das historische Rathaus von Zamosc

Zamosc in Südostpolen ist ein romantisches Städtchen mit einer zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärten Renaissance-Innenstadt. Die Stadt ist eingebettet in die wunderschöne Landschaft der Roztocze, mit Nationalparks und ausgedehnten Wäldern. Als Deutschland 1939 Polen überfiel, hat Heinrich Himmler, dem Reichsführer-SS, die Stadt und die Gegend so gut gefallen, dass er dieses Gebiet zur Kernzelle der in Polen durchzuführenden „Germanisierung“ machen wollte – Zamosc sollte dann nach dem Abschluss der Operation „Himmlerstadt“ heißen.

Ab Ende 1942 begannen deutsche Polizeieinheiten damit, polnische Einwohner aus ihren Dörfern zu vertreiben und an ihrer Stelle zunächst Deutschstämmige aus der Bukowina und Bessarabien anzusiedeln. Doch die Pläne, die durchgeführt wurden, waren wesentlich weitgehender: Die „evakuierte“ Bevölkerung wurde von einer so genannten „Umwandererzentrale“ nach rassischen Kriterien bewertet, selektiert und dem entsprechend weiter behandelt: Zwei Gruppen arbeitsfähiger Polen waren zur „Wiedereindeutschung“ vorgesehen, einer dritten, nicht „eindeutschungsfähigen“ Gruppe drohte die Zwangsarbeit in Deutschland, soweit die Menschen nicht über 60 oder unter 14 Jahre alt waren. Diese alten Menschen, Kinder und Jugendlichen wurden

in so genannten „Rentendörfern“ untergebracht. Als „Rentendörfer“ bezeichneten die deutschen Besatzer die ehemaligen jüdischen Siedlungen, deren Bewohner längst in die Ghettos und Vernichtungslager transportiert worden waren. Dort erfroren und verhungerten Tausende von ausgesiedelten Kindern und alten Menschen, um deren Versorgung sich niemand kümmerte. Eine vierte und letzte Gruppe mit als „kriminell“ oder „asozial“ eingestuft Personen wurde direkt nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Es genügte, den deutschen Besatzern negativ aufgefallen zu sein, um in diese Gruppe zu geraten. Insgesamt wurden im Rahmen der „Aktion Zamosc“ mehr als 100.000 Menschen vertrieben, viele Dörfer wurden, weil es dort Widerstand gegen die Deportationen gegeben hatte, dem Erdboden gleich gemacht, alle Einwohner ermordet. Allein in der „Rotunde“, einem Gestapo-Gefängnis vor den Toren von Zamosc, wurden mehr als 8.000 Menschen getötet.

Auch heute leben in Zamosc und Umgebung viele Menschen, die diese Schrecken und andere grauenhafte Erfahrungen in der Nazizeit durchleben mussten. Es gibt noch Augenzeugen der furchtbaren Ereignisse, ehemalige Gefangene der Konzentrationslager, Opfer von „Befriedungsaktionen“, Zwangsarbeiter und auch deportierte Kin-





Eingangstor zum Gestapo-Gefängnis Rotunde

der, die später zu ihren Eltern zurückgekehrt sind. Gemäß den Angaben der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ leben in Zamosc und in der näheren Umgebung über 5.000 NS-Verfolgte aller Verfolgungskategorien, die Anträge auf Leistungen aus den Mitteln der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ gestellt haben. Sehr viele dieser älteren Menschen befinden sich heutzutage in einer schwierigen materiellen und gesundheitlichen Lage.

Es gibt in Zamosc zurzeit sechs Organisationen, die Kombattanten, ehemalige Gefangene und geschädigte Personen vereinen. Diese Organisationen haben sich bisher allerdings wenig um die gesellschaftliche Aktivierung ihrer Mitglieder und um die Vermittlung der Erfahrungen der Überlebenden an jüngere Generationen bemüht. Es gibt heute kaum mehr Treffen von Zeugen dieser tragischen Ereignisse mit Jugendlichen in Schulen oder Jugendorganisationen. Das Schicksal dieser Menschen in den Mittelpunkt des Interesses von Institutionen wie Bildungseinrichtungen („Lebendige Geschichtsstunden“ sollten zum Bestandteil des Schulunterrichts werden), dem Schulklub der Freiwilligen oder der Pfadfinderorganisa-

tion zu rücken – das ist eine Aufgabe des Stowarzyszenie Zamojskie Centrum Wolontariatu (Freiwilligenzentrums von Zamosc).

Um dies in Zukunft erfolgreicher umzusetzen und die Hilfe für die Überlebenden auf eine feste Grundlage zu stellen, hat sich der Vorstand des Freiwilligenzentrums an die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ gewendet, die ein Anbahnungsprojekt für eine Partnerschaft mit dem Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. in Köln finanziert hat. Nach Besuchen einer polnischen Delegation in Köln und einer deutschen Delega-

se bei der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ beantragt. Eine Entscheidung über den Antrag steht derzeit noch aus.

In der entstehenden Beratungsstelle sollen nach dem Beispiel des Bundesverbandes Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. die Überlebenden in humanitären, rechtlichen und sozialen Fragen beraten werden, es soll aber auch eine Einrichtung entstehen, die die Weitergabe der Erfahrungen der Überlebenden an Kinder, Jugendliche und alle weiteren Interessierten organisiert. Weiterhin realisiert werden soll eine persönliche



Vertragsunterzeichnung am 18. Juni 2008 in Zamosc. - v. l. Dariusz Pawlos, Michael Teupen, Ewa Szczepanska

tion in Zamosc kam es dort am 18. Juni 2008 zur feierlichen Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages.

Auf der Basis dieses Vertrages sind nun Anträge gestellt worden, die es ermöglichen sollen, in gemeinsamer Arbeit eine Beratungsstelle für NS-Verfolgte in Zamosc einzurichten. Gemeinsam mit dem Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. und der Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung hat das Freiwilligenzentrum von Zamosc die entsprechenden Gelder für eine dreijährige Einrichtungspha-

Betreuung möglichst vieler Überlebender durch einen Freiwilligendienst – ein Gebiet, auf dem das Freiwilligenzentrum weit reichende Erfahrung besitzt. Auch ein intensiver deutsch-polnischer Austausch mit gemeinsamen Tagungen zum Informations- und Gedankenaustausch unter den Freiwilligen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beratungsstellen ist geplant und wird sicherlich zur polnisch-deutschen Verständigung beitragen.

Jost Rebentisch •

► Anrechnung russischer Renten

Menschen die von Russland nach Deutschland emigriert sind, erhalten teilweise eine Rente in Deutschland ausgezahlt. Das sind in der Regel Beträge von ca. 50 bis 80 Euro pro Monat. Auch wenn diese Summe nicht sehr hoch erscheint, stellt sie doch für diejenigen, die sie bekommen, eine erhebliche Entlastung dar, zumal die meisten der Empfänger Grundsicherung oder Sozialhilfe erhalten. Diese Renten werden oft schon seit Jahren bezogen und bisher hatte niemand daran Anstoß genommen. Nun ist den deutschen Sozialämtern aufgefallen, dass diese Leistung aus dem russischen Rentensystem eine zusätzliche Leistung ist und insofern auf die Grundsicherung, bzw. die Sozialhilfe anzurechnen sei.

Prinzipiell richtig ist, dass zusätzliche Einkommen auf die Sozialhilfe und die Grundsicherung angerechnet werden können. Ausnahmen sind z.B. Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz und den Härtefonds der Länder.

Das Problem, das bei den „Russischen Renten“ besteht, ist, dass es sich nicht nur um eine Altersrente handelt, sondern dass in dieser Zahlung auch Anteile einer Entschädigung enthalten sind, die aber nicht gesondert ausgewiesen werden. Zumindest die Entschädigungsleistung wäre also im Grunde genommen nicht anrechnungsfähig.

Hinzu kommt, dass die Menschen oft über Jahre diese Leistung bezogen haben, ohne dass etwas zurückgefordert worden wäre. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach dem Vertrauen auf fehlerfreies Verwaltungshandeln.

Nun sehen sich diese Menschen konfrontiert

mit Rückzahlungsansprüchen in Höhe von mehreren Tausend Euro, einer Summe, die ein Sozialhilfeempfänger unmöglich aufbringen kann.

Einige Städte, wie z.B. Nürnberg, haben den Kompromiss gefunden, bei den „Russischen Renten“ einen Freibetrag von 50 Euro anzuerkennen. Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. hat sowohl in Köln, als auch bei den Parteien in Berlin auf diesen unhaltbaren Zustand aufmerksam gemacht. In Köln scheint sich eine Lösung abzuzeichnen, die auf das Nürnberger Modell hinausläuft, in Berlin führte die Intervention des Bundesverbands zu einer Kleinen Anfrage der Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen. Eine abschließende Regelung gibt es zurzeit noch nicht, wir sind jedoch bemüht, eine solche zügig herbeizuführen.

Michael Teupen •

Schwarze Geister, Neue Nazis

Rainer Fromm. Schwarze Geister, Neue Nazis: Jugendliche im Visier totalitärer Bewegungen. München 2008, Olzog Verlag GmbH. Seiten. ISBN: 978-3 7892 8207 2

Grufties, Satanisten, Vampiristen: All dies zwar bizarre, oft widersprüchliche, letztlich aber mehr oder weniger harmlose Jugendgruppierungen, die sich eindeutig vom „klassischen“

Eine pauschale Verurteilung der Szeneangehörigen ablehnend, dokumentiert der Journalist und Politologe Rainer Fromm (Themenschwerpunkte: Rechtsextremismus, Sekten), dass es, trotz ideologischer Unterschiede, mehr und gefährlichere Gemeinsamkeiten zwischen den so genannten „Schwarzen“ Jugendkulturen und der rechtsradikalen Szene gibt, als bisher bekannt war. Zentraler Aspekt für die Anwerbung und Indoktrination Orientierung suchender Jugendlicher ist vor allem die jeweilige Musikkultur. In menschenverachtenden (Musik-)texten werden die gemeinsamen ideologischen Inhalte transportiert: Sozialdarwinismus, Elitedenken, Verachtung vermeintlich Schwächerer, Antisemitismus, Diffamierung des Christentums, Homophobie und starke Gewaltakzeptanz bis hin zu brutalem Gewalt- und Blutfetischismus.

Die entstandenen sinnstiftenden Konsum- und Erlebniswelten stärken das Gefühl der Gruppenzugehörigkeit und bieten den „Suchenden“ mit gemeinsamen Feindbildern und der Legitimation von Gewalt verlockende Identitäts- und Abgrenzungsangebote. Die rechtsradikale Szene hat diese Entwicklungen klar erkannt, ist sich besonders der zentralen Bedeutung des Mediums Musik bewusst und agiert entsprechend „erfolgreich“.

Gastkapitel ehemals „Betroffener“ verstärken die Authentizität des Buches und geben verstörende Einblicke in die Lebensentwicklung von begeisterten Anhängern zu Tätern. Umfangreiche Literaturhinweise und ein Adressenverzeichnis bieten wichtige Hilfe für aussteigewillige Szeneangehörige und Rat suchende Eltern und Pädagogen.

„Schwarze Geister - Neue Nazis“ macht unmissverständlich klar, dass die Stereotypisierung der extrem rechten Szenen und die Idee

„einer“ nationalsozialistischen Szene aufgeben werden muss. Jugendliche Rechtsextreme sind nicht mehr an einem eindeutigen Stil zu erkennen. Fromms Buch bietet (bewusst) keine allgemeingültigen Lösungskonzepte für den gesellschaftlichen Umgang mit den genannten Subkulturen, bietet aber wichtige Hintergrundinformation und hilft, die aktuellen, komplexen Zusammenhänge zu erkennen. Vor allem ist es ein wichtiger Beitrag zur dringend nötigen offensiven Auseinandersetzung mit totalitär-extremistischen Bestrebungen, die sich überwiegend unbemerkt (und unbeachtet!) von der Öffentlichkeit entwickelt haben und vor denen „man“ am liebsten die Augen verschließen und nichts wissen will. Ein beunruhigendes, aber wichtiges Buch.

Marion Heider •



Endlich Gerechtigkeit für Überlebende aus Italien und Griechenland?

Zuerst im Sommer und nun wieder im Herbst konnte man in Presseberichten lesen, dass es italienischen und griechischen Überlebenden gelungen war, italienische Gerichte davon zu überzeugen, die Bundesrepublik Deutschland zu Entschädigungszahlungen zu verurteilen. Geklagt hatten Überlebende und Hinterbliebene der Opfer des Massakers, das deutsche Truppen 1944 im griechischen Dorf Distomo angerichtet hatten, sowie ehemalige italienische Zwangsarbeiter, die die deutsche Regierung bis heute nicht entschädigt hat.

Die Bundesregierung bezieht sich in ihrer Zahlungsverweigerung zum einen auf die so genannten „Globalabkommen“ aus den fünfziger und sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, nach denen Deutschland einer ganzen Anzahl von europäischen Staaten insgesamt fast 900 Millionen DM als Wiedergutmachung für während des Zweiten Weltkrieges angerichtete Schäden gezahlt hatte. Zum anderen bezieht Deutschland den Standpunkt der so genannten „Staatenimmunität“, der besagt, dass kein Staat wegen seines hoheitlichen Handelns vor den Gerichten eines anderen Staates verklagt oder gegen ihn vollstreckt werden kann. Dieser Grundsatz hat seinen Ursprung in der souveränen Gleichheit der Staaten: Kein Staat steht über einem anderen Staat, so dass er über ihn zu Gericht sitzen könnte.

Die deutsche Regierung will sich diesen ihren Standpunkt nun vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag bestätigen lassen – in Absprache und Kooperation mit der italienischen Regierung Berlusconi, die sich im wesentlichen auf rechtspopulistische und neofaschistische Parteien und Gruppierungen stützt.

Mindestens bis dahin werden die Überlebenden wohl auf eine Entschädigung warten müssen – deutsche Politiker, wie Außenminister Frank-Walter Steinmeier, belassen es bei den üblichen Betroffenheitsadressen und Sonntagsreden. Steinmeier bekannte sich kürzlich anlässlich eines Besuchs im ehemaligen Konzentrationslager "Risiera di San Sabba" bei Triest lediglich zur deutschen Schande und meinte: „Deshalb erinnere ich heute besonders an das Leid der etwa 600.000 italienischen Militärinternierten: an die unsäglichen, oft mörderischen Bedingungen des Transportes, der Inhaftierung in Hunger und Kälte, der Zwangsarbeit. An die hohe Zahl von internierten Soldaten, die ermordet wurden oder an den Folgen der Internierung starben. Den Opfern und ihren Angehörigen gilt unser tiefes Mitgefühl. Wir schulden ihnen und ihrem Schicksal Gedenken und Aufarbeitung, nicht Sprachlosigkeit und Verdrängung.“

Leider vergaß der Außenminister in der Aufzählung von Mitgefühl, Gedenken und Aufarbeitung ein Wesentliches: dass Deutschland den Überlebenden nach wie vor eine Entschädigung schuldet!

Jost Rebutisch •

Vilnius - Kulturhauptstadt Europas?

Am 30.09.2008 beantwortete die Bundesregierung eine Kleine Anfrage, die das zukünftige außenpolitische Verhalten der Bundesrepublik zu dem Staat Litauen aufklären sollte. Hintergrund der Anfrage war ein Ermittlungsverfahren, das die litauische Staatsanwaltschaft gegen ein damaliges Mitglied der International Commission for Evaluation of the Nazi and Soviet Occupation Regime in Lithuania, Dr. Yitzhak Arad, eingeleitet hatte.

Dr. Yitzhak Arad, ehemaliger Vorsitzender von Yad Vashem, kämpfte während des Zweiten Weltkriegs für die Partisanenorganisation FPO (Fareinikte Partisaner Organizazie). Die FPO gründete sich Ende des Jahres 1941 im Ghetto von Vilnius, der heutigen Hauptstadt Litauens. Nach einem halben Jahr deutscher Besatzung war zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als die Hälfte der früheren jüdischen Bevölkerung der Stadt unter Mitwirkung litauischer Polizeikräfte getötet worden. Ein Teil der FPO, dem auch Dr. Yitzhak Arad angehörte, schloss sich später den sowjetischen Partisanengruppen an.

Einsatzkräfte an der Shoah abzulenken und ehemalige Partisanenmitglieder zu diskreditieren. Ähnlich äußerte sich laut einem Pressebericht Yad Vashems vom 27.02.2008 dessen gegenwärtiger Vorsitzender Avner Shalev zu den Vorkommnissen.

Mit einer Kleinen Anfrage vom 12.09.2008 forderte die Fraktion Die Linke die Bundesregierung zur Stellungnahme zu einer möglichen außenpolitischen Reaktion auf die geschilderten Geschehnisse auf. Hierbei verwies sie insbesondere auf das Verhalten der Auslandsvertretungen Irlands und der Vereinigten Staaten, die durch einen Empfang Fania Brantsovskys sowie eine an sie gerichtete Ehrenurkunde ihre Solidarität mit den betroffenen Überlebenden zum Ausdruck brachten. Darüber hinaus wurde die Bundesregierung befragt, inwieweit sie erwäge, auf europäischer Ebene anzuregen die Entscheidung, Litauen den Titel Kulturhauptstadt 2009 zu verleihen, zu überdenken. In ihrer Antwort vom 30.09.2008 erklärte die Bundesregierung, auf



(Foto aus: Encyclopedia of Jewish Life before and during the Holocaust, Bd. 3, New York 2001)

1998 rief die litauische Regierung die International Commission for Evaluation of the Nazi and Soviet Occupation Regime in Lithuania ins Leben. Aufgrund seines Erfahrungsschatzes als ehemaliger Partisan und Holocaust-Historiker wurde auch Dr. Yitzhak Arad zum Mitglied der Kommission ernannt. Die Kommission ist bis heute mit der Aufarbeitung beider totalitärer Regime beschäftigt.

Anfang des Jahres 2008 geriet der Staat Litauen zunehmend in die Kritik, die Aufklärung der Mitwirkung litauischer Einsatzkräfte an der Massentötung der jüdischen Bevölkerung verzögern zu wollen. Grund hierfür war ein gegen Dr. Yitzhak Arad gerichtetes Ermittlungsverfahren wegen vermeintlicher Kriegsverbrechen. Der Vorwurf stützte sich hierbei auf einen Einsatz der FPO in dem größtenteils polnisch besiedelten Dorf Kaniukai (poln. Koniuchy), dem laut einer Untersuchung des polnischen Instituts für nationales Gedenken 38 Dorfbewohner zum Opfer fielen. Zudem wurde der Verdacht erhoben, Arad sei Mitglied des sowjetischen Geheimdienstes NKWD gewesen.

Neben Arad waren drei weitere ehemalige jüdische Partisanen - Fania Brantsovsky, Rokhl Margolis und Sara Ginaite-Rubinson - von den Untersuchungen betroffen. Diese Personen zeichnen sich insbesondere dadurch aus, durch Veröffentlichungen oder öffentliche Vorträge gegen das Vergessen nationalsozialistischer Verbrechen anzukämpfen. Das Simon Wiesenthal Center versteht die Verfahren gemäß einem offenen

Brief vom 28.05.2008 als einen Versuch, von der Beteiligung lokaler

außenpolitischer Ebene vorerst zurückhaltend auftreten zu wollen. Da das gegen Dr. Yitzhak Arad eingeleitete Verfahren bereits Gegenstand eines Gespräches zwischen dem Sonderbeauftragten des Auswärtigen Amtes für Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Vertretern der litauischen Regierung gewesen sei, bestünde vorerst kein Anlass für ein weiteres Vorgehen. Auf eine Rücknahme der Ernennung Vilnius zur Kulturhauptstadt 2009 hinzuwirken, sei seitens der Bundesregierung nicht geplant.

Die zurückhaltende Reaktion der Bundesregierung auf die Anfrage ist vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit zumindest verständlich. Die Frage, ob und wie sich Deutschland in die Vergangenheitsbewältigung eines Staates, der zugleich dem nationalsozialistischen und sowjetischen Regime unterworfen war, einmischen darf, verlangt jedoch immer dringender nach einer Entscheidung für eine bewusste Distanzierung von antisemitischen Vorkommnissen auch in den jungen Demokratien Osteuropas. Die jüdische Gemeinde Vilnius sieht sich nahezu zwanzig Jahre nach Zerfall der Sowjetunion noch gezwungen, um ihre Akzeptanz unter der nichtjüdischen Bevölkerung zu kämpfen. Beispielhaft lassen sich hier die staatlicherseits genehmigten Bauarbeiten auf dem jüdischen Friedhof im Vilnaer Stadtteil Snipiskai sowie die Veranstaltungen des jüdischen Gemeindezentrums im August 2008 anführen. Auch Deutschland kann sich nicht von antisemitischen Vorfällen freisprechen - von der Verantwortung, hiergegen offen und kompromisslos aufzutreten, entbindet dies jedoch nicht.

„Man sieht nur, was man weiß“

NS-Verfolgte im Alter – Fallgeschichten und Lernmaterialien



Die Gruppe der NS-Verfolgten ist für AltenpflegeschülerInnen oft kein Thema. Tatsächlich leben allein in Deutschland aber noch etwa 100.000 Menschen, die die biographische Last der eigenen Lagerhaft und ihrer Traumata mit sich herumtragen. Im Alter führen körperliche Beschwerden zu Hilfsbedürftigkeit, die die Frage nach pflegerischer Unterstützung akut werden lässt. Das Buch vermittelt in Interviewpassagen und zusammenfassenden Erzählungen einen Einblick in die Lebenserfahrung dieser Menschen. Zu jedem Einzelportrait werden Vorschläge für die Bearbeitung im Unterricht im Rahmen der Altenpflegeausbildung präsentiert. Die Autorinnen Andrea Zielke-Nadkarni, Christina Hilgendorff, Sonja Schlegel und Märle Poser greifen auf Erkenntnisse eines vom Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. mit Unterstützung der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW in den Jahren 2005-2007 durchgeführten Projekts zur „Anpassung der Versorgungssysteme der Altenhilfe an die Erfordernisse älterer NS-Verfolgter“ zurück.

Das Buch (187 Seiten, Euro 17,90, ISBN 978-3-940529-25-1) ist im Mabuse-Verlag erschienen und auch beim Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. erhältlich.

Ordentliche Mitgliederversammlung des Bundesverbandes am 3.12.2008

Die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes hat am 3. Dezember in Köln einen neuen Vorstand gewählt: Wiedergewählt wurde die amtierende Vorsitzende Frau Regina Suderland, zu ihrem Stellvertreter wurde Herr Prof. Felix Kolmer gewählt. Neue Schatzmeisterin wurde Frau Inge Spiecker. Den Vorstand vervollständigen die Beisitzer/innen Frau Sofie Brabanski, Herr Armin Ahlheim, Herr Alexander Bakalejnik und Herr Volker Kirchesch. Als neue Kassenprüferinnen wurden Frau Dr. Brigitte Unkel-Brösecke und Frau Britta Scherer gewählt.

Die nächste ordentliche Mitgliederversammlung des Bundesverbandes wird im Jahr 2010 stattfinden.

Anerkennungsleistung

Seit dem 1. Oktober 2007 können Überlebende, die in einem Ghetto Arbeit geleistet haben, die keine Zwangsarbeit war und bisher keine sozialversicherungsrechtliche Berücksichtigung gefunden hat, eine Kapitalzahlung von 2.000 EUR erhalten. Die Richtlinie der Bundesregierung richtet sich an Verfolgte, deren Tätigkeit im Ghetto nicht alle Merkmale eines rentenrechtlichen Beschäftigungsverhältnisses erfüllt. Sie können eine Einmalzahlung in Höhe von 2.000 EUR erhalten, wenn sie in einem Ghetto ohne Zwang in einem beschäftigungsähnlichem Verhältnis gearbeitet haben und diese Tätigkeit rentenrechtlich nicht berücksichtigt wurde. Bisher sind beim Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen in Bonn 40.772 Anträge eingegangen, von denen 12.162 bewilligt wurden.

Die meisten Anträge wurden aus Israel, den USA, Kanada, Deutschland, der Ukraine, Russland und Tschechien gestellt.

Es ist immer noch möglich, Anträge zu stellen – die Unterlagen gibt es beim Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. oder direkt beim Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen, 53221 Bonn (www.badv.bund.de). Antragsformulare sind in deutscher, englischer und russischer Sprache vorhanden. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle des Bundesverbandes Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. sind beim Ausfüllen der Anträge gerne behilflich.

Case Management im Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.

Als ich im Sommer 2008 im Bundesverband mein Praktikum im Bereich „Case Management“ begonnen habe, erntete ich zunächst einmal erstaunte Blicke.

Was bedeutet Case Management? Viele hatten noch nie davon gehört oder konnten nichts Genaues damit anfangen.

Case Management kommt ursprünglich aus den USA und hat sich in den 70er Jahren in Deutschland etabliert. Es bildeten sich aufgrund von sozialen Reformbewegungen weg von stationären Einrichtungen mehr ambulante Dienste. Da aber keine Vernetzung zwischen den einzelnen Dienstleistern bestand, erfolgte oft eine Doppelversorgung und unnötige Untersuchungen für den Patienten. Eine systemische medizinische Sicht und Behandlungsweise, die auch das soziale Umfeld des Patienten mit einbezog, konnte so nicht geleistet werden.

Case Management ist eine ganzheitliche Methode der Betreuung und Begleitung des Patienten oder Klienten im medizinischen, pflegerischen und sozialen Bereich. Der oder die Case ManagerIn baut einen persönlichen Bezug zum Hilfesuchenden auf. Das Anliegen, mit dem der „Klient“ zum Case Manager kommt, wird erörtert und Hilfestrategien entwickelt. Dabei stehen die Wünsche des Patienten oder Klienten immer im Vordergrund, natürlich im Rahmen einer möglichen medizinischen Versorgung oder sozialen Betreuung.

Case Management ist ein Prozess, der einen Anfang und ein Ende hat. Das heißt, dass der „Klient“ an seine eigenen Ressourcen herangeführt wird und somit immer selbständiger an seiner „Problemlösung“ oder Genesung beteiligt ist.

Während meiner Arbeit im Bundesverband habe ich versucht „Case Management“ in diesem Sinne umzusetzen. Obwohl ich nur eine relativ kurze Zeit zur Verfügung hatte, baute ich zu einigen „Überlebenden“ einen intensiven persönlichen Kontakt auf. Das Vertrauensverhältnis führte dazu, dass auch sehr persönliche Dinge zutage traten. Auf dieser Basis wurde eine Verarbeitung von persönlichen Konflikten soweit wie möglich in Gang gesetzt.

Der Umgang mit Behörden, für viele „Überlebende“ eine hilfebedürftige Angelegenheit, war natürlich auch Teil meiner Arbeit. Ziel von Case Management wäre hier, den selbstbewussten Umgang mit Behörden zu vermitteln, natürlich im Rahmen der individuellen Situation des Hilfebedürftigen. Case Management wird immer mehr in medizinischen, sozialen und auch versicherungstechnischen (z.B. Krankenkassen) Bereichen eingesetzt.

Ein entscheidender Punkt beim Case Management ist - neben dem persönlichen Einsatz - die Qualitätssicherung und Überprüfung der Arbeit. Dies ermöglicht ein effektives und effizientes Ergebnis sowohl für den Case Manager als auch für den „Klienten“.

Michaela Mabrouki •

Neues aus der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

Aus der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ sind in erster Linie Personalien zu melden. So wurde das Vorstandsduo Dr. Martin Salm und Günter Saathoff in der Kuratoriumssitzung vom 24.06.2008 für weitere drei Jahre wiedergewählt. Der langjährige Vorsitzende des Kuratoriums, Dr. Dieter Kastrop, steht dem Kuratorium nicht weiter vor – die Bundeskanzlerin ernannte den ehemaligen Stiftungsvorstand und Staatssekretär Dr. Michael Jansen zu seinem Nachfolger. Auch in den Reihen der Kuratoren gab es einige Veränderungen – so erklärte Dr. Manfred Gentz, Verhandlungsführer der deutschen Wirtschaft in den Entschädigungsverhandlungen, seinen Rückzug, nachdem die Bundeskanzlerin keine Bereitschaft zeigt, ihn zum Nachfolger von Dr. Kastrop als Vorsitzenden des Kuratoriums zu installieren.

Außerdem ist die Stiftung umgezogen, sie ist nun zu finden in der Lindenstr. 20-25, 10969 Berlin.

Termine

Datum	Veranstaltung	Veranstalter
bis 11.01.2009	Ausstellung „Jüdische Kultur in der Türkei“ Historische Streiflichter	Jüdisches Museum Frankfurt am Main www.juedischesmuseum.de Ort: Museum Judengasse, Frankfurt am Main
15.01.2009, 20.00 Uhr	Vortrag von Prof. Dr. Lothar Döhn „Die kulturellen Eliten vor und nach der Novemberrevolution“	Deutsch-Israelische Gesellschaft Kassel www.digkassel.de Ort: VHS Kassel
bis 18.01.2009	Ausstellung BilderLast. Franken im Nationalsozialismus	Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände www.museen.nuernberg.de/dokuzentrum
21.01.2009	Vortragsreihe „NS-Verfolgte in der Altenhilfe“	Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.; www.nsberatung.de Ort: Diakonisches Werk Innerere Mission Leipzig e.V., Haus der Diakonie, Gneisenaustr. 10
22.01.2009, 20.00 Uhr	Vortrag von Prof. Dr. Jens Flemming „Die Entstehung der NSDAP“	Deutsch-Israelische Gesellschaft Kassel www.digkassel.de Ort: VHS Kassel
ab 26.01.2009	Ein Film von Katrin Seybold „Die Widerständigen“, Zeugen der Weißen Rose	in den deutschen Kinos
27.01.2009	Nationaler Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus	
27.01.2009, 19.00 Uhr	Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus Zeitzeugengespräch: Werner Bab, geboren 1926	Evangel. Versöhnungskirche i. d. KZ-Gedenkstätte Dachau Trägerkreis Holocaust-Gedenktag in Dachau www.versoehnungskirche-dachau.de Ort: Ludwig-Thoma-Haus Dachau
27.01.2009 (für ca. fünf Wochen)	Historisch-dokumentarische Ausstellung des Fritz Bauer Instituts „Auschwitz-Prozess“	Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. www.fritz-bauer-institut.de Ort: Portikus- und Wandelhalle des Niedersächs. Landtags
28.01.2009	Vortragsreihe „NS-Verfolgte in der Altenhilfe“	Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.; www.nsberatung.de Ort: Alten-Service Zentrum Obermenzing, Packenreiterstr. 48, 81247 München
03.02.2009	Liederabend mit Merav Barnea (Sopran) und Adi Bar (Klavier) „Die Schönheit israelischer Musik“	Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e.V. - KZ-Gedenkstätte – www.dzokulm.telebus.de
05.02.2009, 19.00 Uhr	Vortrag und Diskussion von Dr. Inge Jens „Widerstehen. Motive und Praxis der Weißen Rose“	Martin-Niemöller-Stiftung, Wiesbaden www.martin-niemoeller-stiftung.de Ort: Rathaus Wiesbaden
09.02.2009	Vortragsreihe „NS-Verfolgte in der Altenhilfe“	Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.; www.nsberatung.de Ort: Der PARITÄTISCHE Berlin, Brandenburger Str. 80
29.02.2009	Lesung und Diskussion in Dorsten „Kinder über den Holocaust“	Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Berlin www.gegen-vergessen.de
bis 01.03.2009	Ausstellung mit umfangreichen Begleitprogramm „Jonas Mekas“	Museum Ludwig, Köln www.museum-ludwig.de
bis 01.03.2009	Ausstellung „Die Vergessenen Europäer. Kunst der Roma -Roma in der Kunst“	Kölnisches Stadtmuseum www.museenkoeln.de/koelnisches-stadtmuseum
06.-08.03.2009	Tagung „Sag bloß nicht, dass Du jüdisch bist“ Die Verfolgungsgeschichte von Personen jüdischer und teiljüdischer Herkunft in der NS-Zeit und Ihre generationsübergreifenden Auswirkungen	„Der halbe Stern“ e.V., Köln www.der-halbe-stern.de/tagung09.htm Ort: Evangelische Bildungsstätte auf Schwanenwerder, Berlin
08.03.2009, 14.00 Uhr	Filmveranstaltung „Mir zeynen do – Der Ghetto- aufstand und die jüdischen PartisanInnen von Bialystok“	Gedenkstätte Bergen-Belsen www.bergen-belsen.de
26.03.2009, 20.15 Uhr	Lichtbildervortrag „Gestapohaft in Brauweiler: Konrad Adenauer und seine Frau Gussie“	Verein für Geschichte e.V., Pulheim www.vfg-pulheim.de
16.05.2009	„Kinder des Holocaust“ Premiere des Theaterstücks auf Grundlage des Buchs „Kinder über den Holocaust“	Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Theater der Jungen Welt, Leipzig; gefördert von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ www.gegen-vergessen.de

Die Überlebenden brauchen Ihre Unterstützung!

Im Jahr 2009 jährt sich der deutsche Überfall auf Polen im September 1939 zum 70. Mal. Dieser Überfall war der Auftakt für die Ausdehnung des nationalsozialistischen Terrors, der 1933 in Deutschland begann, auf weite Teile Europas – eines Terrors, der nahezu 60 Millionen Menschen das Leben kostete. Diejenigen, die diese Zeit als Kinder oder Jugendliche erleben mussten, sind heute alte Menschen, die dringend auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. engagiert sich für die Überlebenden und ihre Nachkommen – doch wir sind nach wie vor dringend auf Ihre Unterstützung angewiesen. Immer noch erhält der Bundesverband von Seiten der Regierung keinerlei Zuschüsse, dabei nehmen wir doch eine wichtige Aufgabe wahr, die sich aus der moralischen Verpflichtung der Bundesrepublik ergibt: Hilfe und Unterstützung für die Überlebenden des Nazi-Terrors weltweit. Helfen Sie dort, wo die Bundesregierung versagt – unterstützen Sie die Arbeit des Bundesverbandes mit Ihrer Spende!

Mit herzlichen Grüßen
Ihre



Regina Suderland
Vorsitzende



Regina Suderland,
Vorsitzende
des Bundesverbandes

Die „Zweite Generation“

Kinder, die in einer Familie aufwachsen, in denen ein Elternteil oder möglicherweise beide Elternteile von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, sind häufig ebenfalls durch das Schicksal der Eltern geprägt. Man kann von einer „Vererbbarkeit von Traumata“ sprechen. Diese Kinder sind in einer Atmosphäre aufgewachsen, die durch Schweigen über das erlittene Schicksal der Eltern oder durch die unmittelbaren Nachwirkungen der NS-Verfolgung geprägt war. Dass auch diese Menschen der Hilfe bedürfen, dass auch sie lernen müssen, mit den psychischen und auch physischen Folgen umzugehen und sie zu bewältigen, ist jahrzehntelang, auch zum Teil von den Betroffenen selber, verdrängt und negiert worden.

Der Bundesverband hat bereits mit Abgeordneten einiger Bundestagsfraktionen Gespräche über dieses Thema geführt und feststellen müssen, dass die Problematik dieser sekundär traumatisierten Menschen bisher nicht gesehen wurde. Die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen im Bundestag hat nunmehr den Bundesverband aufgefordert, ein Thesenpapier zu diesem Themenkomplex zu erstellen – eine Aufforderung, der wir gerne nachkommen.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes am 3.12. 2008 wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu implementieren, die eine entsprechende Vorlage erarbeiten wird. In dieser Arbeitsgruppe werden Mitglieder des Bundesverbandes, Mitglieder des Vorstands und interessierte Verbände und Vereine vertreten sein.

Michael Teupen •

Impressum

Herausgeber:
Bundesverband Information
& Beratung für NS-Verfolgte e.V.
Telefon: +49 (0)221 17 92 94 0
Telefax: +49 (0)221 17 92 94 29
www.nsberatung.de
info@nsberatung.de



BUNDESVERBAND
INFORMATION &
BERATUNG FÜR
NS-VERFOLGTE

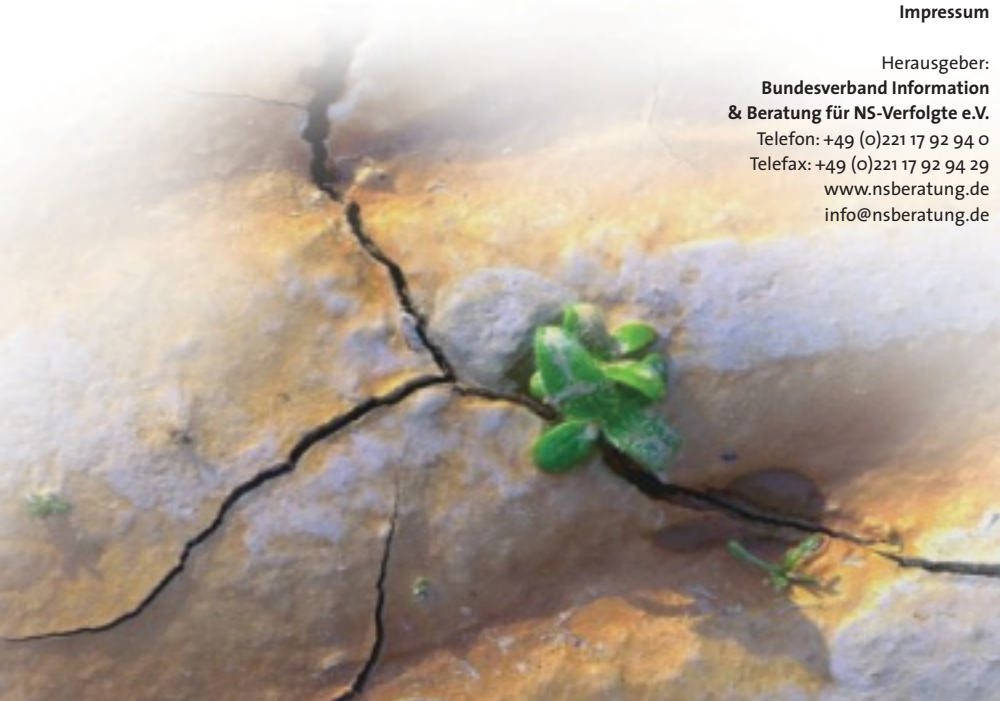
Redaktion:
Marion Heider, Michaela Mabrouki,
Dr. Jost Rebentisch, Michael Teupen,
Jelena Wachowski

Fotos:
Dr. Jost Rebentisch, Peter Ruthardt,
Jean-Pierre Sentenbien, Jan Evers

Auflage:
2.000 Stück im Dezember 2008

Druck:
GNN Verlag GmbH, Köln

Grafikdesign:
H.-P. Schmidt • www.concept-u-design.de



► Eine „Gerechte unter den Völkern“



Denyse Lévy, 1943

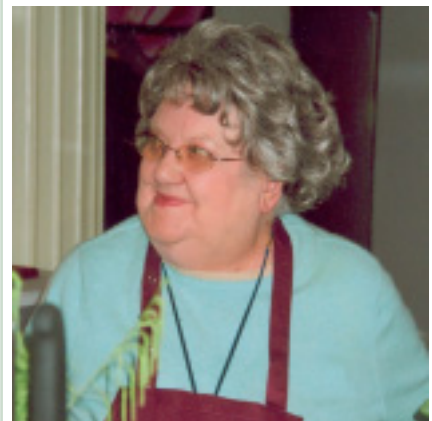
Renée Sentenbien, 30er Jahre

Am Rande einer Veranstaltung der Kölnerischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in der Synagoge, Köln, Rononstraße, stellte mir Frau Dr. Pfarr Herr Jean-Pierre Sentenbien vor. Herr Sentenbien habe mir eine sehr ungewöhnliche Geschichte zu erzählen. Er erzählte mir die Geschichte seiner Mutter in groben Zügen und wir vereinbarten ein gemeinsames Gespräch bei ihr. Frau Renée Sentenbien, geb. Colas, ist eine 87-jährige Dame, die seit nunmehr über elf Jahren in Köln wohnt und liebevoll von ihrem Sohn versorgt wird. Das Laufen fällt ihr zwar ein wenig schwer, aber der Kopf ist alles andere als „eingerstet“. Sehr eindrucksvoll und mit vielen Details erzählt sie die Geschichte ihrer Jugendfreundschaft mit Denyse Lévy. Manchmal erzählt sie diese Geschichte mit Charme und Witz, an anderen Stellen treten ihr die Tränen in die Augen. Sie erzählt: „Ich entstamme einer katholischen Familie und schon als junges Mädchen habe ich der französischen Résistance angehört. Meine Eltern durften das aber nicht wissen, sonst hätten sie sich zu viele Sorgen um mich gemacht. Meine Aufgabe war es, für die Résistance Nachrichten zu transportieren, oft auch über weite Entfernungen mit dem Fahrrad. Natürlich waren wir seinerzeit Gegner des Vichy-Regimes unter Marschall Pétain und Anhänger von Générale de Gaulle. Die Begriffe Liberté, Egalité et Fraternité (Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit) waren Leitmotiv unseres Handelns. Auf dem Gymnasium in Auxerre hatte ich mich mit Denyse Lévy angefreundet. Die Familie Lévy war aus Sables-D'Olonne nach Auxerre geflüchtet, weil sie als Juden vom Nazi-Regime verfolgt wurden. Wir machten regelmäßig unsere Hausaufgaben gemeinsam. Ich kannte also auch Herrn und Frau Lévy sehr gut. Wir machten die Hausaufgaben regelmäßig bei

der Familie Lévy weil Denyse wegen der Ausgangssperre nicht mehr hinaus durfte. Am 24.02.1944 erfuhr mein Vater, der auch regelmäßig im Kontakt mit den Mitgliedern der Résistance war, dass alle Juden aus der Gegend deportiert werden sollten. Gerade zu dieser Zeit war Denyse sehr krank und lag im Bett mit einer Nierenkolik. Ich bin dann zu der Familie und habe versucht, sie zu warnen. Leider hat mir die Familie nicht geglaubt, besonders Herr Lévy nicht. Am nächsten Tag kam die Haushälterin der Familie Lévy in unser Geschäft gelaufen und sagte, dass die Deutschen bei der Familie Lévy seien. Ich habe daraufhin das Geschäft geschlossen und bin sofort zur Familie Lévy gegangen. Madame Lévy hat mir ihre gesamten Wertgegenstände übergeben und alle ihre Familienpapiere. Ich habe dem Offizier der Feldgendarmrie gesagt, dass Denyse nicht transportfähig sei und im Bett liegen müsse wegen ihrer Nierenkolik. Der befehlshabende Offizier verlangte daraufhin ein ärztliches Attest, das ich mir sofort bei einem Arzt aus der Nähe besorgt habe. Dieser Offizier veranlasste dann den Transport meiner Freundin Denyse ins Krankenhaus, die Eltern mussten in das Gefängnis von Auxerre. Einige Tage lang habe ich dann den Boten zwischen dem Krankenhaus und dem Gefängnis gespielt, um Neuigkeiten zwischen Denyse und den Eltern hin und her zu transportieren. Eines Tages kam dann ein Bus, der Monsieur und Madame Lévy abtransportierte. Das war das letzte Mal, dass ich sie gesehen habe. Ich kann meine Gefühle hier nicht beschreiben. Später erfuhr ich, dass das Ehepaar zunächst nach Drancy transportiert wurde und anschließend in Auschwitz ermordet wurde. Da ist uns auch klar geworden, dass wir für Denyse etwas unternehmen mussten, da die Situation nun wirklich außerordentlich gefähr-

lich geworden war. Mir kam dann die Idee, Denyse mit alten Kleidungsstücken meiner Großmutter zu verkleiden. Angefangen von der Brille bis hin zu dem kleinen schwarzen Strohhut. Bei jedem Besuch bei Denyse habe ich ein Kleidungsstück mitgebracht. An dem entscheidenden Tag ist mein Vater mit mir gekommen, hat mich aber nicht mit in den Krankensaal begleitet. Vielmehr erwartete er Denyse am Eingang zu den Toiletten, wo Denyse ihre Verkleidung anlegte. Die beiden verließen dann Arm in Arm das Krankenhaus und fuhren gemeinsam zur elterlichen Wohnung. Ich bin zu Fuß nach Hause gegangen. Denyse hat dann ungefähr drei Monate versteckt bei uns gelebt. Ich habe über meine Kontakte mit der Résistance falsche Papiere besorgt und konnte Denyse bei einer befreundeten Familie unterbringen. Über eine weitere Station – Toucy – kam Denyse dann letztendlich in die Schweiz. Als Denyse nach dem Krieg nach Jœuf zurückkehrte, habe ich ihr alle Wertgegenstände und die Papiere der Familie zurückgegeben. Denyse hat daraufhin angefangen zu weinen... Nach dem Krieg haben wir uns regelmäßig getroffen, aber leider ist meine Freundin im Juli 1994 bei einem Autounfall ums Leben gekommen.“

Auf meine Frage, ob sie denn nicht bei ihrem Einsatz für ihre Freundin Angst gehabt habe, selbst der Verfolgung und Bestrafung durch die Nazis ausgesetzt zu sein, antwortet Madame Sentenbien-Colas sehr entschieden: „Mein Glaube an Gott und an ein freies Frankreich haben das verlangt.“



Renée Sentenbien, heute

Ihr Sohn bemüht sich darum, dass Madame Sentenbien-Colas in Yad Vashem ein Bäumchen und eine Gedenktafel als „Gerechte“ erhält. Diese Ehrung hätte sie verdient.

Michael Teupen •